

Unsicher gewordene politische Kategorien

Das Ende von links und rechts

Gastkommentar

von ULRICH M. SCHMID

Stehen Trump, Putin oder Xi Jinping politisch rechts oder links? Warum bildet die griechische Linkspartei mit den Rechtsnationalisten eine Regierungskoalition? Warum geben französische Arbeiter, die traditionell sozialistisch wählten, ihre Stimme vermehrt dem Front national? Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat sich das politische Spektrum nicht in seinen Kräfteverhältnissen, sondern grundlegend verändert.

Wie so vieles andere in modernen demokratischen Republiken nimmt auch der Unterschied links - rechts seinen Anfang in der Französischen Revolution. In der verfassungsgebenden Versammlung sassen die gemässigten Monarchisten auf der rechten Seite, während die radikalen Revolutionäre auf der linken Seite Platz nahmen.

Dieses Schema übernahm etwa auch die Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche im Revolutionsjahr 1848. Bis heute orientiert sich die Sitzordnung des Deutschen Bundestags und des Schweizer Parlaments an diesen traditionellen Kategorien. Auch im britischen Unterhaus sitzt die Regierungspartei zur Rechten des Sprechers und die Opposition zur Linken. Es stellt sich die Frage, was diese Kategorien noch bedeuten, wenn es nicht mehr um die Regelung der Machtbefugnisse eines Königs geht.

Putins Russland als Vorbild

Das Links-rechts-Schema hat heute seine Aussagekraft weitgehend verloren. In vielen westlichen Demokratien hat sich ein breiter sozialdemokratisch-liberal-grüner Konsens herausgebildet, der von den staatstragenden Parteien fast ausnahmslos unterstützt wird. Daneben gibt es eine Reihe meist kleinerer Parteien, die gegen diesen Konsens aufbegehren. Dabei spielt die traditionelle Ausrichtung im politischen Spektrum kaum mehr eine Rolle. Die Schlagworte, die sowohl von ganz links als auch von ganz rechts kommen, sind oft die gleichen: Angegriffen werden die «korrupten Eliten», das «neoliberale System», der «amerikanische Imperialismus», die «EU-Diktatur», die «Lügenpresse». Positiv beruft man sich auf das «Volk» und nimmt für sich in Anspruch, den Willen des einfachen Bürgers zu repräsentieren.

Das autoritär-konservative System von Putins Russland erscheint dabei als leuchtendes Vorbild. In den meisten Ländern scheint es allerdings je nach Radikalität der vermittelten Botschaft eine gläserne Decke von etwa 20 bis 30 Prozent der Wahlstimmen für diese Positionen zu geben. Solche Resultate verdanken sich einer Catch-all-Strategie, die sich am deutlichsten in einem Slogan des Front national niederschlägt: «Ni droite, ni gauche.» Ausnahmen sind Polen oder Ungarn, wo 37 und 45 Prozent erreicht werden. Gerade in diesen beiden Län-

dern zeigt sich jedoch ein ernstes diskursives Problem: Wenn eine Oppositionspartei, die gegen das Establishment wettort, selber Regierungsverantwortung übernimmt, verliert sie eine wichtige Legitimationsgrundlage.

In der Geschichte des 20. Jahrhunderts zeichnet sich die Austauschbarkeit von «links» und «rechts» schon sehr früh ab. Ein berühmtes Beispiel ist der faschistische Diktator Mussolini, der in jungen Jahren Chefredaktor der sozialistischen Zeitung «Avanti!» war. Umgekehrt beobachtete der russische Denker Semjon Frank bereits 1931 eine Faschisierung des Sowjetkommunismus unter Stalin. Unter dem Titel «Jenseits von rechts und links» schlug er in einer Pariser Exilzeitschrift ein neues Erklärungsschema vor, das die Nähe des Stalinismus zum konservativen Nationalismus besser berücksichtigt: «rot/schwarz» – «weiss».

Der Rechtsphilosoph Norberto Bobbio stellte 1994 fest, dass sich die extreme Linke und die extreme Rechte in ihrem Antidemokratismus berühren. Heute kokettieren Philosophen wie Alain de Benoist oder Alexander Dugin mit einer Synthese aus rechten und linken Theorie-Elementen. Ihre gesellschaftspolitischen Vorstellungen sind heideggerianisch verklärt und richten sich vor allem gegen den Liberalismus.

Mittlerweile ist für die neue Liebe zwischen den ehemaligen «Linken» und «Rechten» auch ein Begriff reanimiert worden, der auf die Weimarer Republik zurückgeht. Damals unternahm man unter dem Titel «Querfront» Versuche, Nationalisten und Sozialisten in einem Bündnis für eine zukünftige Machtübernahme zu vereinen. Die Voraussetzung dafür war die sogenannte Schlageter-Affäre aus dem Jahr 1923. Albert Schlageter hatte als deutschnationaler Freischärler Sprengstoffanschläge gegen die französisch-belgischen Besatzer des Ruhrgebiets ausgeführt. Als er von einem französischen Militärgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde, löste dies in ganz Deutschland eine patriotische Welle der Betroffenheit weit über die Parteigrenzen aus. Der Kommunist Karl Radek nannte ihn in einer Rede einen «Märtyrer des deutschen Nationalismus» und fuhr fort: «Schlageter, der mutige Soldat der Konterrevolution, verdient es, von uns Soldaten der Revolution männlich-ehrfurchig gewürdigt zu werden.»

Bündnis quer durch die Parteien

Der Begriff «Querfront» taucht explizit im Jahr 1932 bei Kurt von Schleicher auf. Der letzte Reichskanzler vor Hitler, der nur gerade 57 Tage an der Macht war, wollte durch ein Bündnis quer durch alle Parteien (ausser den Kommunisten) die NSDAP spalten und einen weiteren Aufstieg Hitlers verhindern. Allerdings misslang dieser Plan, Schleicher wurde nach der «Machtergreifung» von SS-Männern ermordet.

Das historische «Querfront»-Konzept zielte auf

die Verbindung von linken und rechten Kräften zur Erreichung eines politischen Ziels. Die gegenwärtige Verwendung des «Querfront»-Begriffs impliziert daneben auch noch ein anderes Phänomen: das Umschlagen der politischen Überzeugungen eines Menschen von einem Extrem ins andere. Bereits 1951 hatte der amerikanische Schriftsteller Eric Hoffer in seinem Buch «The True Believer» darauf aufmerksam gemacht, dass es für einen «fanatischen Kommunisten» leichter sei, «ein Faschist, Chauvinist oder Katholik zu werden als ein nüchterner Liberaler». Viel wichtiger als die Beschaffenheit der «heiligen Sache» sei nämlich die emotionale Leidenschaft, die sich mit ihr verbinde.

In Deutschland gibt es eine ganze Generation von ehemaligen Linksaktivisten, die in der jüngeren Vergangenheit rechte Positionen eingenommen haben. Für viele von ihnen waren die Anschläge von 9/11 ein Schlüsselerlebnis. Die einstürzenden Twin Towers wurden als gerechtes Ende des «amerikanischen Jahrhunderts» und des «globalisierten Kapitalismus» gedeutet. In den zahlreichen Verschwörungstheorien, die in diesem Milieu zirkulierten, erschien 9/11 sogar als Selbstaufhebung des Washingtoner Machtstrebens. Eine solche Sicht wies sowohl für den linken wie auch für den rechten Antiamerikanismus eine hohe Attraktivität auf und begünstigte den Wechsel von einem politischen Lager ins andere.

Der vielleicht extremste Fall ist der RAF-Mitgründer Horst Mahler, der sich zum Neonazi und Holocaust-Leugner wandelte. Es gibt auch weniger spektakuläre Beispiele. Bernd Rabehl engagierte sich in den sechziger Jahren als Weggefährte von Rudi Dutschke im Sozialistischen Deutschen Studentenbund und näherte sich später den rechtsextremistischen Parteien NPD und DVU an. Publizistisch am aktivsten ist Jürgen Elsässer, der zunächst bei linken Zeitungen und Magazinen arbeitete und seit 2010 das «Querfront»-Magazin «Compact» herausgibt, das immerhin eine Auflage von 40 000 Exemplaren erreicht. «Compact» gilt mittlerweile als Sprachrohr der AfD und der Pegida-Bewegung.

Elsässer selbst hält die Unterscheidung zwischen links und rechts für überholt. In der Tat lässt sich in der aktuellen Weltpolitik eine Vermischung der Kategorien beobachten: Donald Trump schimpft von links gegen die Wall Street und verspricht von rechts, Amerika wieder gross zu machen. Wladimir Putin fordert mehr soziale Gerechtigkeit bei den Einkommen, gleichzeitig soll Russland wieder zu seiner nationalen Grösse zurückfinden. Xi Jinping hält an der Vorherrschaft der Kommunistischen Partei fest, führt aber tiefgreifende liberale Wirtschaftsreformen durch.

Radikalisierung des Diskurses

Paradoxerweise führt die Etablierung eines sozialdemokratisch-liberal-grünen Konsenses zu einer Radikalisierung des öffentlichen Diskurses. Kaum mehr wird über das Verhältnis von Staat und Gesellschaft, über soziale Gerechtigkeit oder bürgerliche Freiheiten gestritten. Die grossen Themen werden von den politischen Randparteien diktiert. Prominent ist etwa die «nationale Identität», die entweder als Volksgemeinschaft oder als geschützte Gruppe potenzieller Arbeitnehmer verteidigt werden muss. Immer öfter verschränken sich dabei linke und rechte Argumente. Oder wie es Ernst Jandl im Gedicht «Lichtung» aus dem

Jahr 1966 ausdrückte: «manche meinen / lechts und links / kann man nicht verwechseln / werch ein Irrtum».

Ulrich M. Schmid ist Professor für Kultur und Gesellschaft Russlands an der Universität St. Gallen.